

An
die Stadtverwaltung
Herrn Bürgermeister Deffner

16.04.2020

**Änderungsantrag zu GeschOStR des Stadtrats-Ansbach
von Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

Änderung in §25 Form und Frist der Einladung

§25 NEU in:

1. Die Mitglieder des Stadtrates werden schriftlich oder elektronisch unter Beifügung der Tagesordnung zu den Sitzungen eingeladen.
2. Die Ladungsfrist beträgt 7 Tage; sie kann in dringenden Fällen auf 5 Tage verkürzt werden. Die Begründung für einen dringenden Fall hat schriftlich mit der Einladung zuzugehen. Die Dringlichkeit ist dann gegeben, wenn eine Entscheidung nicht ohne Nachteil für die Stadt aufgeschoben werden kann. Der Sitzungstag und der Tag des Zugangs der Ladung werden bei der Berechnung der Frist nicht mitgerechnet.
3. Mit der Einladung sind die Zeit und der Ort der Sitzung mitzuteilen.
4. „Die weiteren Unterlagen zur Tagesordnung (Entscheidungsvorlagen) sollen insbesondere folgende Informationen enthalten:
 - a) den Beratungs-, bzw. Entscheidungsgegenstand,
 - b) eine Erläuterung zum Beratungs- bzw. Entscheidungsgegenstand,
 - c) die Auswirkungen auf den aktuellen Haushalt und die Folgejahre,
 - d) zu erwartende Auswirkungen Umwelt und Klima
 - e) die Vereinbarkeit u.a. mit den beschlossenen Konzepten der Stadt wie z.B. Klimaschutzkonzept, ISEK, Teilhabe-Konzept, Seniorenpolitischen Gesamtkonzepten
5. Abstimmungen im Auflageverfahren nach § 32 bleiben unberührt.

Begründung:

Gute Entscheidungen benötigen eine gute Vorbereitung. Diese muss vereinbar sein mit den Lebensentwürfen aller Ratsmitglieder, egal in welcher Phase sie sich in ihrem Leben befinden. Gerade für Familien sind kurze Ladungsfristen eine außerordentliche Belastung. Wochenenden sollten nicht unbedingt zur Vorbereitung der Ratsarbeit genutzt werden müssen. Um das Ehrenamt für uns alle besser vereinbar zu machen, fordern wir GRÜNE längere Ladungsfristen, um die Sitzungsvorbereitung besser bewältigen zu können. Die Entscheidungen im Stadtrat

beeinflussen das Leben der Bürger*innen in unserer Gemeinde enorm und das über viele Jahre. Als ehrenamtliche Stadträten*innen sind wir noch viel stärker auf die Informationen der Verwaltung angewiesen wie Abgeordnete im Landtag oder Bundestag. Um Entscheidungen deutlich fundierter zu treffen, auch in deren Auswirkungen auf nachfolgende Generationen, wollen wir GRÜNE eine Haushalts- und Umweltfolgen Abschätzung in allen Erläuterungen, die solche aufweisen.

Meike Erbguth-Feldner Richard Illig (Fraktionsvorsitzende)
Oliver Rühl Dr. Christian Schoen Sabine Stein-Hoberg
Stadtratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN